

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Lagerleiter
Herrn Dr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlich bestellte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1500.
Strohkasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 90.

Montag, 18. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; jeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife. Vervolligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verfertigeranstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Der Volksentscheid gescheitert.

Keine Auflösung des Sächsischen Landtages.

Bei dem Volksentscheid über die Landtagsauflösung wurden von 3664047 Stimmberechtigten abgegeben 1318042 Ja-Stimmen und 53442 Nein-Stimmen. Ungültig waren 20770 Stimmen.

Es beteiligten sich danach am Volksentscheid 38% der Stimmberechtigten, 36% mit Ja.

Vollkommen ruhiger Verlauf.

Dresden, 18. April.

Der Volksentscheid über das von den Kommunisten eingebrachte Volksbegehren auf Auflösung des Sächsischen Landtages, das von den Deutschnationalen und Nationalsozialisten unterstützt wurde, ist gescheitert.

An dem Volksbegehren hatten sich bekanntlich etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt. Dagegen hatten die für den Volksentscheid eintretenden Parteien bei der Reichspräsidentenwahl zusammen fast 50 Prozent der Wahlberechtigten auf sich zu vereinigen vermocht. Der Ausgang des Volksentscheides mußte hiernach rein zahlenmäßig als ungewiß angesehen werden, da nach den Bestimmungen der sächsischen Verfassung ein Volksentscheid erfolgreich ist, wenn sich mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten an der Abstimmung beteiligt, von der sich wiederum mehr als die Hälfte für den Volksentscheid aussprechen muß.

Der Wahlkampf blieb an Heftigkeit weit hinter dem Wahlkampf anlässlich der Reichspräsidentenwahl zurück. Nach den bisherigen Meldungen ist der Wahltag im ganzen Land vollkommen ruhig verlaufen.

Blätterstimmen zum sächsischen Volksentscheid-Ausgang

Dresden. In dem Ausgang des Volksentscheides auf Auflösung des sächsischen Landtages liegen vorläufig nur die Stellungnahmen der beiden Dresdner Frühblätter vor. Die Dresdner Nachrichten weisen unter der Überschrift „Wahren und Folgerungen“ zunächst darauf hin, daß gegenüber den 20,5 v. H. der Entwürfen zum Volksbegehren die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen auf 30 v. H. angewachsen ist. Nach dem Ausgang des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl fehlten für ein Gelingen des Volksentscheides noch rund 135 000 Stimmen. Es habe sich nun deutlich gezeigt, daß zwischen Persönlichkeits- und Parlamentswahlen sowie der Abstimmung über eine Verfassungsvorlage ein großer Unterschied bestehe, noch dazu wenn die letztere einen so wenig zukräftigen Inhalt habe wie die Forderung nach Landtagsauflösung, für die allgemeines Interesse über die politisch aktiven Teile der Bevölkerung hinaus nicht aufzubringen sei. Ungünstig habe sich ferner ausgewirkt, daß der gestrige der dritte Wahltag innerhalb der kurzen Zeit von nur fünf Wochen gewesen sei. Außerdem sei ein Volksentscheid keine geeignete Waffe dafür, komplizierte Probleme erfolgreich zu lösen. Das habe sich bei allen bisherigen Versuchen im Reich und in den Ländern gezeigt. Von Oldenburg, das die Landtagsauflösung habe durchsetzen können, müsse hier abgesehen werden, da nach der dortigen Landesverfassung die einfache an die Stelle der absoluten Mehrheit der Ja-Stimmen trete, so daß die Wahlenthaltungen in diesem Lande sich nicht zu Gunsten der Gegner des Entschlusses auswirken könnten. Nicht unberücksichtigt bleiben dürfe aber auch das Fernbleiben der Kommunisten von einer Aktion, die sie selbst erst in die Wege geleitet hätten. Die kommunistischen Wähler lägen aber nicht an einem Erfolg der Abstimmung geglaubt zu haben und seien deshalb vermutlich entgegen den Beschlüssen ihrer Parteileitungen der Wahlurne ferngeblieben. Das Blatt schreibt unter anderem: „Wenn bei der Frage der Fürstenerhebung, die mit ihrer auf Reichsebene abgestellten Forderung große Massen der Linken herauslockte, nur 35 v. H. der Wahlberechtigten mobilisiert werden konnten, so nehmen sich daneben die gestrigen 30 v. H. für die nächste Forderung nach Landtagsauflösung recht stilllich aus“ und schließt: „Politisch bedeutungsvoller ist der Umstand, daß es mit diesem Ergebnis für die nächste Zeit unmöglich gemacht wird, von Sachsen aus eine Kampfbewegung der Rechten zu beziehen, die stark genug wäre, um dem Ansturm im Reich entgegenzuwirken. Die Hoffnung, von der Landesseite her den großen Umschwung herbeizuführen, konzentriert sich jetzt auf die Preußenwahlen am nächsten Sonntag, die als reine Parlamentswahlen, ohne die technischen und psychologischen Erschwernungen des Volksentscheides, unter günstigeren Voraussetzungen und mit besseren Aussichten auszuführen werden.“ Unter der Überschrift: „Abgewehrter Angriff“ nimmt der Dresdner Anzeiger unter anderem die folgende Stellung: „Niemand konnte vor fünf Monaten wissen, daß der Volks-

Das Ergebnis in Sachsen.

	Stimmberechtigte	Ja	Nein	Ungültig	Volksbegehrt
Wahlkreis Dresden-Bautzen	1363 727	414 099	15 858	6 002	237 197
Wahlkreis Leipzig	967 929	290 406	11 735	4 875	127 603
Wahlkreis Chemnitz-Zwickau	1332 391	613 537	25 849	9 893	368 758
	3 664 047	1 318 042	53 442	20 770	733 558

Bei den Wahlen der letzten Jahre hatten die drei Volksentscheidparteien bzw. ihre Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl folgende Stimmen erhalten:
Landtagswahl am 22. Juni 1930: 856 411 (Nationalsoz. 876 769, Dnat. 124 261, Komm. 855 381).
Reichstagswahl am 14. September 1930: 1 184 886 (Nationalsoz. 561 381, Dnat. 136 229, Komm. 486 776).

Reichspräsidentenwahl 1932, 1. Wahlgang am 13. März: 1 766 870 (Hitler 1 068 191, Duesterberg 167 710, Thälmann 528 969).
Reichspräsidentenwahl 1932, 2. Wahlgang am 10. April: 1 698 408 (Hitler 1 288 627, Thälmann 409 781).

Volksentscheid in Oldenburg erfolgreich.

Der Landtag wird aufgelöst.

Oldenburg, 17. April. Am heutigen Sonntag wurde im Freistaat Oldenburg der von den in der nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien in Gana geforderte Volksentscheid auf Auflösung des Oldenburger Landtages durchgeführt. Unterstützt wurde der Volksentscheid durch die Kommunisten. Nach dem Abstimmungsergebnis ist der Volksentscheid mit großer Mehrheit durchgegangen, so daß der Landtag aufgelöst wird. In Oldenburg ist zum positiven Ausgang eines Volksentscheides nur die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig.

entscheid zeitlich zwischen zwei Ereignissen von höchstem reichspolitischen, ja von weitpolitischem Range fallen werde, zwischen die Reichspräsidentenwahl und die preussischen Landtagswahlen. Von der Bedeutung, die diesen beiden Ereignissen im Lichte der Weltmeinung zukommt, ist ein Abgleich auf den sächsischen Volksentscheid gefallen, und er hat dadurch in den Augen vieler eine Geltung gewonnen, die ihm sonst nie zugekommen wäre. Der Schlag, den die Rechte in Sachsen führen wollte, ging formell gegen den Landtag, aber gemeint war die Regierung. Für die Kommunisten konnte es nur darum gehen, die Gelegenheit zur Aufpeilung der politischen Leidenschaften wahrzunehmen und für den Fall einer Neuwahl nach Mandatsgewinnen zu streben, die mindestens angesichts der Zahlen vom 13. März und vom 10. April wie auch angesichts der anscheinend unheilbaren Organisationskrise der sächsischen SPD. sehr zweifelhaft gewesen wäre.

Das sächsische Beamtenkabinet, dem ein Mißtrauensvotum des Landtages bekanntlich nicht gefährlich ist, hat sich dafür der Feuerprobe des Volksentscheides unterwerfen müssen, und es hat sie bestanden, obwohl sie von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen in den letzten Tagen noch mit der Miterantwortung für das SA-Verbot belastet worden war, an dem die sächsische Regierung in Wirklichkeit keinen Anteil hat. Die Regierung ist in der Abwehr der gegen sie erhobenen Vorwürfe mit einer deutlichen Erklärung des Ministerpräsidenten aus ihrer Zurückhaltung hervorgetreten, und man möchte wünschen, daß sie künftig öfter mit der gleichen Entschiedenheit und Offenheit zur sächsischen Bevölkerung spreche. Sie wird auch in dem Ergebnis des Volksentscheides eine Behauptung ihres Auftrages erblicken, und sie wird sich diesem Auftrage nicht entziehen, sondern weiter arbeiten, mit dem Landtage oder, wenn er sich ihr verweigert, auch ohne ihn. Aber immer für das aarner Volk.“

Das Ergebnis:

Landesteil	Ja	Nein	Ung.	Volksbegehrt
Oldenburg:	89 440	4126	811	65828
Hildes:	12 648	872	190	8297
Hilkenfeld:	13 282	798	78	6264
Insgesamt:	125 365	5796	1079	80384

Für das Volksbegehren sind eingetreten Nationalsozialisten, Deutschnationale Volkspartei, Landvolkpartei und Kommunisten. Sozialdemokraten, Staatspartei und Zentrum hatten Wahlenthaltung beschlossen. Die Neuwahl des Landtages wird vermutlich am 29. Mai stattfinden.

Im Landesteil Hildes stimmten mit Ja 12 648 von insgesamt 25 100 Stimmberechtigten, das sind allein (ohne die Nein-Stimmen!) mehr als 50 Prozent.

Santestundgebung des Reichspräsidenten.

H Berlin. Der Herr Reichspräsident gibt folgendes bekannt:

Anlässlich meiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten sind mir aus allen Teilen der Bevölkerung sowie von Auslandsdeutschen so zahlreiche Glückwünsche zugegangen, daß ich unmöglich jedem einzelnen zu danken vermag. Ich bitte daher alle, die meiner in diesen Tagen durch Telegramme, Briefe oder sonstige Aufmerksamkeiten gedacht haben, auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen und überzeugt zu sein, daß jedes Zeichen der Verehrung und Anhänglichkeit gerade in dieser schweren Zeit meinem Herzen aufrichtig wohlgetan hat.

Reichspräsident von Hindenburg.

Hittler verlangt Rechtfertigung

Berlin, 18. April.

Der „Montag“ verbreitet die Nachricht, daß Adolf Hitler wegen der Behauptung, er habe vor der ausländischen Presse erklärt, die Auflösung der SA sei unter Frankreichs Druck erfolgt, durch Rechtsanwalt Lütgebrunn gegen sich selbst Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gestellt habe. Für die Dauer des Verfahrens habe Hitler Suspendierung von den Amtsgeschäften bei der Braunschweigischen Regierung beantragt. Hitler soll gleichzeitig gegen den Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“, Theodor Wolf, und gegen den Schriftleiter Dr. Bretholz Strafantrag gestellt haben, da er niemals die oben erwähnte und vom „Berliner Tageblatt“ wiedergegebene Erklärung abgegeben habe.

60jährigen Kankaten, Bräuerhaus Moritzburg und Seminar Köhlschroda, je 1000 RM. überwiesen.

Wirtschaftsbedingungen an höheren Schulen. Die aus einer Verordnung des Ministeriums für Volksbildung hervorgeht, sind im Ministerium mehrfach Klagen laut geworden, daß an verschiedenen höheren Schulen des Landes die Wirtschaftskunden nicht in der erwünschten wirksamen Form durchgeführt werden.

Leidster Rückgang der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Nach einer am 11. April im sächsischen Baugewerbe vorgenommenen Erhebung waren von den ermittelten 53 024 Personen 87,1 Prozent arbeitslos. Ende März betrug die Arbeitslosigkeit 89,5 Prozent.

Was geschieht mit dem Landtagsbeschluß betr. Regierarbeit? Der Landtag hatte bekanntlich vor einiger Zeit beschlossen, daß die Gemeinden und öffentlichen Körperschaften angewiesen werden sollen, einen planmäßigen Abbau eigener Regiebetriebe vorzunehmen.

60-jährige Ortsstudium konnte der Volksschul-Überlehrer i. R. Herr Wilhelm Schönfelder, hier, Baldaer Straße 17, Sonntag begehen. Am 17. April 1882 kam der jetzt im 71. Lebensjahre Stehende vom Seminar nach hier zur damaligen Bürgerschule und hat bis Ostern 1924 an der Stätte seines Berufes in Treue, Gewissenhaftigkeit und Pflichterfüllung zu Ruhm und Frommen der Schuljugend gewirkt.

Dresden. Rinder verurlichen einen Brand. Am Freitag nachmittag wurde die Feuerwehre nach der Dolmetschstraße gerufen, wo in einem leerstehenden Fabrikraum Rinder einen Brand verurlichen hatten.

Dresden. Ein Rechtsvertreter als Kautionsgeber. Von der Kriminalpolizei wurde ein in Dresden-Volkshof wohnhafter 34 Jahre alter Rechtsvertreter festgenommen, gegen den in der letzten Zeit etwa 80 Angelegenheiten wegen Kautionsbetruges ermittelt worden waren.

Dresden. Ein Fahrraddieb festgenommen. Der Kriminalpolizei gelang es, einen 38 Jahre alten Arbeiter aus Dresden als denjenigen zu ermitteln, der in letzter Zeit zahlreiche Fahrraddiebstähle begangen hatte.

Dresden. Dresdner Philharmonie fährt nach Venedig. Die italienische Regierung veranstaltet Mitte September in Venedig ein Internationales Musikfest mit zeitgenössischen Kompositionen.

Freiberg. Nach Rußland eingeladen. Die russische Regierung hat den außerordentlichen Professor an der Bergakademie Freiberg, Dr.-Ing. Kolln, und seinen Mitarbeiter, Dr.-Ing. Kammmer, zu einer vierwöchentlichen Reise nach Rußland eingeladen.

Grimma. Auf einem Ausflug nach Rimschen verunglückte ein Motorradfahrer aus Wurzen, der noch einen Begleiter bei sich hatte, schwer. In einer Kurve fuhr das Motorrad mit großer Wucht gegen einen Telegraphenmast und wurde fast vollständig zertrümmert.

Leipzig. Kommunisten greifen Nationalsozialisten an. Das Volkshaus teilte mit: Teilnehmer des am 16. 4. nachmittags 5 Uhr stattgefundenen Umzuges der NSD. haben an der Ecke der Dit- und Hohensollernstraße zwei Nationalsozialisten niedergeschlagen und einen davon leicht verletzt.

Dresden. Frau bis in den Tod. Als am Sonntag morgen der Rentner Beder an der Ueberführung seiner vor 24 Stunden verstorbenen Frau nach der Friedhofshalle teilnehmen wollte, wurde der 76 jährige Mann von einem Herzschlag betroffen und fiel vor seiner Haustür tot um.

Glauchau. Folgen der Motorradraerei. Seit einiger Zeit machen es sich Techniker des Technikums Mittweida zum Spass, die Staatsstraße zwischen Altmitweida und Glauchau zu „Reisobversuchen“ zu benutzen.

Glauchau. Folgen der Motorradraerei. Seit einiger Zeit machen es sich Techniker des Technikums Mittweida zum Spass, die Staatsstraße zwischen Altmitweida und Glauchau zu „Reisobversuchen“ zu benutzen.

Glauchau. Folgen der Motorradraerei. Seit einiger Zeit machen es sich Techniker des Technikums Mittweida zum Spass, die Staatsstraße zwischen Altmitweida und Glauchau zu „Reisobversuchen“ zu benutzen.

Im unbekanntem Fensterleiner Bruno F. angehalten und ihn nach seiner Parteizugehörigkeit befragt. Seltmann, der sich der NSD. nahestellt und in F. einen Anhänger der NSD. vermutete, sah plötzlich ein Messer und rief es F. in den Rücken. F. hatte mit einer lebensgefährlichen Verletzung ins Krankenhaus gebracht werden müssen.

Klassenbach. Ein Rittergut wird aufgeteilt. Das Rittergut Klassenbach ist zum Breiße von 370 000 Mark an das „Sächsische Heim“, Landeshehlungs- und Wohnungs-fürsorgegesellschaft in Dresden, übergegangen.

Jahnsbach. Schulklebung wegen Kohlenmanack. Da die Gemeinde Jahnsbach keine Mittel zur Beschaffung von Schulmaterial besitzt, mußten am Mittwoch früh die Kinder der hiesigen Volksschule nach Hause geschickt werden.

Adorf. Brand in einem Baumwoll-Bager. Ein Todesopfer. Freitag nachmittag kurz nach 2 Uhr brach im Baumwollageraum der Firma Gebrüder Uebel, das im Spinnereigebäude liegt, plötzlich ein Brand aus.

Zwickau. Der Umbau des Hauptbahnhofes. Die Neu- und Umbauarbeiten am Zwickauer Hauptbahnhof, die während des Winters eingeleitet waren, sind nach Ostern wieder aufgenommen worden.

Zwickau. Der Umbau des Hauptbahnhofes. Die Neu- und Umbauarbeiten am Zwickauer Hauptbahnhof, die während des Winters eingeleitet waren, sind nach Ostern wieder aufgenommen worden.

Oberwiesenthal. Leere Kassen. In der Stadtverordnetenversammlung von Oberwiesenthal teilte Bürgermeister Pfeiffer mit, daß die Stadtkasse nur zwei Drittel der Erwerbslosenunterstützung auszahlen konnte.

Neuer Bürgermeister in Reichenbach i. V. Zum zweiten Bürgermeister von Reichenbach wurde an Stelle des demnächst in den Ruhestand tretenden Bürgermeisters P. Wagner mit 26 von 28 Stadtverordnetenstimmen der seit dem 1. September 1928 amtierende Stadtrat Dr. rer. pol. Otto Schreiber gewählt.

Leipzig. Brand in einem Sägewerk. In der Nacht zum Freitag entfiand in dem Sägewerk der Firma Deutschmann ein Brand, dem das Sägewerk, das Kesselhaus und ein Trockenraum zum Opfer fielen.

Warnsdorf. Festgenommene Einbrecherbande. Hier ermittelte die Gendarmerei eine aus fünf Personen bestehende Einbrecherbande, deren Haupt ein gewisser Josef Späher ist.

Das endgültige amtliche Ergebnis des 2. Reichspräsidentenwahlgangs in Sachsen.

Dresden. Nachdem nunmehr auch das endgültige amtliche Ergebnis des zweiten Reichspräsidentenwahlgangs vom 10. April vorliegt, veröffentlicht wir nachstehend noch einmal das Ergebnis für die sächsischen Wahlkreise.

Table with 4 columns: Wahlkreis, Gesamtzahl der Stimmberechtigten, Abgegebene Stimmen, Abgegebene gültige Stimmen. Rows include Dresden, Chemnitz, Leipzig, Zwickau, and a summary row.

Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten für Sachsen betrug am 10. April somit 9 691 367.

Volkswirtschaftliche Ergebnisse aus Sachsen.

Table with 4 columns: Ort, Ja, Nein, Ungültig. Rows include Meerhausen, Greßhagen, Zwickau, Dresden, Radebeul, Köhlschroda, Sebnitz, Freital, Dippoldswalde, Pirna, and Radeberg.

- Leipzig (Stadt): Wahlber. 7495, Ja 2472, Nein 80, ung. 32.
Borna (Amtshauptm.): Wahlber. 52 821, Ja 21 408, Nein 1141, ungültig 520.
Chemnitz (Stadt): Wahlber. 254 923, Ja 110 208, Nein 4013, ungültig 1058.
Annaberg (Stadt): Wahlber. 13 698, Ja 7 294, Nein 296, ungültig 69.
Annaberg (Amtshauptm.): Wahlber. 65 487, Ja 32 366, Nein 1684, ungültig 606.
Obernau: Wahlber. 6815, Ja 2859, Nein 102, ung. 87.
Stollberg: Wahlber. 6983, Ja 2789, Nein 84, ung. 48.
Schwarzenberg: Wahlber. 7899, Ja 4861, Nein 202, ungültig 127.
Frankenberg: Wahlber. 9971, Ja 4393, Nein 171, ung. 47.
Zweigamt Sayda: Wahlber. 18 510, Ja 9442, Nein 448, ungültig 178.
Hohenstein-Ernstthal: Wahlber. 12 147, Ja 6566, Nein 174, ungültig 46.
Crimmitschau: Wahlber. 20 550, Ja 6809, Nein 234, ungültig 99.
Werdau (Amtshauptm.): Wahlber. 32 407, Ja 14 507, Nein 744, ungültig 284.
Werdau (Stadt): Wahlber. 15 285, Ja 8160, Nein 308, ungültig 113.
Zwickau (Stadt): Wahlber. 61 550, Ja 20 818, Nein 681, ungültig 222.
Johanngeorgenstadt: Wahlber. 4195, Ja 1386, Nein 46, ung. 97.
Zwe: Wahlber. 18 036, Ja 7161, Nein 177, ung. 97.
Jahnsfeld: Wahlber. 10 814, Ja 6807, Nein 255, ungültig 110.
Delsitz i. V.: Wahlber. 11 726, Ja 6014, Nein 260, ungültig 172.
Auerbach (Stadt): Wahlber. 13 935, Ja 8435, Nein 285, ungültig 164.
Reichenbach i. V.: Wahlber. 23 883, Ja 7751, Nein 199, ungültig 68.
Pflaun (Stadt): Wahlber. 81 689, Ja 42 619, Nein 1463, ungültig 505.

Letzte Funfprud-Meldungen und Telegramme vom 18. April 1932.

Der Reichspräsident empfing Dr. Bergemann. Berlin. (Funkpr.) Der Reichspräsident empfing heute den langjährigen bisherigen Leiter des deutschen Flugwetterdienstes, Geheimrat Prof. Dr. Bergemann, zur Verabschiedung.
Sonderbares Verhalten. Des ungetreuen Bremer Sparfassen-Kassierers. Bremen. (Funkpr.) Der Kassierer Hermann Meier der Bremer Sparkasse war am Sonntag nach Unterschlagungen in Höhe von 100 000 RM geflüchtet.
Rundfunk im Ranfaß. St. Louis. (Funkpr.) Im Golby im State Ranfaß hat sich gestern ein Rundfunkstahl ereignet. Im dortigen Gefängnis befand sich ein Mann, der geständig war, eine noch jugendliche Schülerin vergewaltigt und ermordet zu haben. Eine etwa 200 köpfige Menge sollte ihn gestern aus dem Gefängnis und hängte ihn auf.

Groeners Standpunkt.

Zur Auflösung

der SA- und SS-Organisationen.

Von Reichsminister Wilhelm Groener.

Die Auflösung der SA- und SS-Organisationen der NSDAP hat in der Presse ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Es war mir von vornherein klar, daß neben den zustimmenden Äußerungen auch Widerspruch und kritische Bemerkungen laut würden. Ich will dazu mit einigen Ausführungen Stellung nehmen, obwohl die amtliche Begründung die aus der Sorge der Reichsregierung für das Gesamtwohl des Volkes sich ergebenden staatspolitischen Erwägungen für diese Maßnahme klar zum Ausdruck gebracht hat.

Wenn zunächst in einer Zeitung die ablehnende Haltung in die Worte zusammengefaßt wird, der Staat steht links, so muß ich eine solche Auffassung von meinem Standpunkt völliger Überparteilichkeit grundsätzlich ablehnen. Es gibt bestimmte Grundgesetze des staatlichen Lebens, die völlig unabhängig sind von dem Wechsel der Regierungen. Zu diesen Grundgesetzen gehört die Pflicht zur Gewährleistung der unbedingten Sicherheit aller Staatsbürger und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Dazu gehört vor allem, daß die Macht im Staate nur von den Organen des Staates selbst ausgeübt werden darf. Der Staat muß verlangen, daß seine Autorität von allen Staatsbürgern respektiert wird. Wer es unternimmt, die Autorität des Staates zu untergraben, setzt sich mit diesen Grundgesetzen des Staates in Widerspruch und muß es sich gefallen lassen, daß der Staat ihn in die Schranken der staatlichen Ordnung zurückweist.

Gerade als Reichswehrminister habe ich es mit zur besonderen Aufgabe gehabt, den Geist der Wehrhaftigkeit und der Staatsgefinnung unabhängig von parteipolitischen Einflüssen zu pflegen. Seit der Übernahme des Reichswehrministeriums des Innern habe ich mich in verschiedenster Weise bemüht, eine Wälderung der politischen Gegensätze zu erreichen und die staatspolitischen Kräfte des deutschen Volkes zu weiden und zu härten. Ich muß deshalb die Unterstellung, als ob ich mit der Auflösung der SA für links optiert hätte, ganz entschieden zurückweisen. Ich optiere überhaupt für keine Partei, sondern gehe den geraden Weg der Billigkeit im Bewußtsein der schweren Verantwortung, die ich vor Gott und meinem Gewissen für die innere Ordnung und die Erringung unserer nationalen Freiheit zu tragen habe. Ich erinnere aber auch daran, daß die Reichsregierung mit ihren politisch ganz verschieden eingestellten Ministern dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung einstimmig empfohlen hat.

In einem Teile der Presse ist nun die Meinung vertreten worden, daß die Regierung nach dem preußischen Wahlspruch „Summ cuique“ auch den Stahlhelm und das Reichsbanner, mindestens aber das Reichsbanner hätte auflösen müssen. Diese Forderung konnte ich mir nach sorgfältiger Prüfung nicht zu eigen machen. Weder der Stahlhelm noch das Reichsbanner sind mit den nationalsozialistischen Kampforganisationen in bezug auf den militärischen Charakter des Aufbaus und der Funktionsregelung zu vergleichen. Jedoch habe ich schon im Februar gegenüber Vertretern des Reichsbanners, als eine Art Schutzpolizei aufzutreten, nachdrücklich Verwahrung eingelegt. Wenn das Reichsbanner sich in den letzten Monaten gegenüber dem Auftreten der SA hat bewegen lassen, seine Organisation für etwaige gewalttätige Auseinandersetzungen zu stärken, so erwarte ich von der Einsicht der Führung des Reichsbanners, daß, abgesehen von den bisherigen Veränderungen, alle diese Maßnahmen in kürzester Frist rückgängig gemacht werden.

Die Verschärfung der parteipolitischen Gegensätze und die allgemeine Notlage haben dazu beigetragen, daß die militärischen Organisationen der NSDAP schon durch die Tatsache ihres Bestehens allmählich eine immer größere Gefahr für die Staatsautorität wurden. Mein Entschluß, diese Gefahr zu beseitigen, stand bereits seit Monaten fest. Schon ehe ich das Reichsministerium des Innern übernahm, habe ich darüber nachgedacht, auf welche Weise dieses Ziel am besten zu erreichen wäre. Dabei hatte ich lange Zeit den Gedanken verfolgt, auch die Angehörigen der SA, wie die Mitglieder anderer Verbände in einer neuen großen nationalsozialistischen Organisation zu einem freiwilligen staatspolitischen Zusammenschluß zusammenzufassen. Der Gang der politischen Ereignisse seit Anfang dieses Jahres ließ jedoch diese Pläne nicht zur Ausführung kommen. Schließlich wurde es mir klar, daß bei der Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse keine andere Maßnahme in Betracht kommen konnte, als die Auflösung der SA durch Notverordnung. Diesen Entschluß habe ich durchaus selbstständig gefaßt, niemand zu leide. Fern von Berlin, während meines Osterurlaubs im Harzer Bergland, bin ich mit mir allein zu Rate gegangen und habe mich frei von äußeren Einflüssen zu diesem Entschluß durchgerungen. Staatspolitische Erwägungen allein sind es gewesen, die mich dabei geleitet haben.

Gegenüber den Behauptungen, daß die Auflösung als eine Maßnahme des Wahlkampfes gegen die NSDAP anzusehen sei, weise ich darauf hin, daß die Betätigung der Partei selbst in keiner Weise behindert ist. Ich sehe jedoch auf dem Standpunkt, daß der Meinungsstempel der Parteien ein Kampf des Geistes, nicht der Gewalt sein darf. Die Auflösung der SA ist also keine Maßnahme gegen die Partei, sondern läßt vielmehr der Partei die Möglichkeit, im Wettbewerb mit den anderen Parteien ihre Auffassungen und Forderungen zu vertreten.

Herr Hitler hat einem ausländischen Korrespondenten gegenüber die Vermutung ausgesprochen, daß Reichsminister Dr. Brüning unter dem Druck des französischen Ministerpräsidenten Lardoux gehandelt habe. Diese Behauptung hätte aus dem Munde des Herrn Hitler niemals kommen dürfen. Herr Hitler dürfte selbst wissen, wie man solche leichtfertige und offenbar beabsichtigte üble Nachrede zu beurteilen hat. Wenn Herr Hitler mit Drohungen arbeitet, sich im Ausland über die deutsche Regierung zu beschweren, so wird man über diese Art von Politik, die ein bezeichnendes Bild auf seinen Charakter und seine nationale Einstellung wirft, kein Wort zu verlieren haben.

Die hier und da ausgesprochene Behauptung, als ob das Verbot erlosch, weil die SA dem Ausland gegenüber als militärische Macht in Betracht gekommen wäre, ist eine völlige Verdrehung der tatsächlichen Gründe für die Auflösung. Eine solche Unterstellung weise ich auf das allerstärkste zurück. Ich lege darin auch eine schwere Beleidigung aller anderen Volkspolitiker, die ebenfalls bereit sein werden, wenn es gilt, die Heimat zu schützen. Die Landesverteidigung ist eine Ehrenfrage des ganzen deutschen Volkes, nicht Sache einer Partei. Im übrigen habe ich immer den Standpunkt vertreten, daß bei allen Wehrverbänden zwar die geistige Einstellung zur Wehrhaftigkeit durchaus anzuerkennen ist, aber ihre militärische Verwendungsmöglichkeit keine Rolle spielt.

Erneute Verschlechterung der Finanzlage der Gemeinden

11 Berlin. In den Vorstandssitzungen des Deutschen und des Preussischen Städtebundes, die am 15. und 16. April im Saalbau zu Berlin stattfanden, wurde von allen Seiten auf die weitere Verschlechterung der Lage hingewiesen. Das Steuerankommen unterschreite die niedrigsten Schätzungen. Die Zahl der Wohlfahrtsbedürftigen sei in den letzten sechs Monaten um mehr als 60 v. H. gestiegen. Die Abnahme sei in dieser Situation nicht mehr zu erwarten. Trotzdem sei den Gemeinden weder vom Reich noch von den Ländern auch nur annähernd anstehend geholfen. Noch immer stehe die Reform der Arbeitslosenhilfe aus. Es bestehe die größte Gefahr, daß binnen kurzem auch die Zahlung der Rinsen, Gehälter, Löhne und Unterhaltungen in größerem Umfange in Frage gestellt werde. Die schwere Lage der Gemeinden werde durch Maßnahmen des Reichs und der Länder verschlechtert. In vielen deutschen Ländern seien die Staatsetats durch Minderungen des Finanz- und Einnahmeglücks zugunsten der Gemeinden ausgeglichen worden. Die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände müßten für 1932 mit einem Defizit von mindestens 750 Mil-

lionen RM. rechnen, nachdem schon das Rechnungsjahr 1931 mit einem Fehlbetrag von wenigstens 350 Millionen RM. abschloß. Präsident Dr. Muhlert habe vor wenigen Tagen Reichsfinanzminister Dr. Dietrich auf diese bedrohliche Lage aufmerksam gemacht. In zahlreichen Industriestädten bedroht die gelagerten Steuereinnahmen nur noch die Hälfte der Wohlfahrtskosten. Von einem Haushaltsausgleich sei deshalb in den meisten Städten nicht mehr die Rede.

Endlich müsse die Reform der Arbeitslosenfürsorge verwirklicht werden. Eine einheitliche Finanzierung durch Zusammenfassung der verschiedenen Deckungsquellen der Arbeitslosenhilfe zu einer einheitlichen besonderen Zwecksteuer und eine Garantie für das zweckmäßige Zusammenarbeiten zwischen Wohlfahrts- und Arbeitsämtern seien unerlässlich. Es gehe nicht an, die Lasten der Arbeitslosenfürsorge immer mehr vom Reich auf die Gemeinden abzuwälzen. Für die Übergangszeit müsse der bisherige Reichszuschuß ohne jede Kürzung oder Erhöhung fortgesetzt und der ständig anschwellende Zustuß der Arbeitslosen in die kommunale Erwerbslosenfürsorge abgeleitet werden.

Zum Kampf um die preussischen Landtagswahlen.

Der Reichsarbeitsminister

über die preussischen Landtagswahlen.

11 K l t e n h u n d e m. Reichsarbeitsmin. Dr. Stegerwald sprach gestern in einer Kundgebung der Zentrumspartei über das politische Ringen bei den preussischen Landtagswahlen.

Er führte u. a. aus: Die alten Machtverhältnisse sind für gekommen, ihre ehemaligen Nachpositionen wieder begehren zu können. Sie benutzen die gegenwärtig große Not des deutschen Volkes und behaupten wahrheitswidrig, daß diese auf das verkehrte politische System der letzten 13 Jahre zurückzuführen sei, ohne zuzugeben, daß der verlorene Krieg und seine Begleiterscheinungen die Hauptursachen für die gegenwärtigen unbesriedigten deutschen Verhältnisse sind. Dabei werden dem deutschen Volke die wichtigsten Besprechungen gemacht, mit denen es in Wirklichkeit nur immer tiefer in den Kampf hineingeführt werden würde.

Hilfer und Hugenberg wollten zuerst das Reich erobern über den Reichspräsidenten. Jetzt, nachdem ihnen das nicht gelungen ist, suchen sie vom preussischen Staat her die Macht im Reich an sich zu reißen. Die Preußenwahl ist also in Wahrheit in der Hauptsache die Fortsetzung der Reichspräsidentenwahl.

Deute erkennt man weiterhin als das Wahre der Politik, das Ganze zu sehen und das Ganze zu gestalten. Und erst wenn für das Ganze feste Fundamente geschaffen sind, können die einzelnen Gruppen um ihren Platz im Rahmen des Ganzen streiten. Außen- und Innenpolitik stehen auf einer Ebene. Ohne die Gleichberechtigung Deutschlands in der Welt, ohne die Herstellung einer neuen Weltvertrauensbasis ist Deutschland im Innern nicht zur materiellen und seelischen Befreiung im Innern, ohne gegenseitige staatsbürgerliche Toleranz ist keine erfolgreiche Außenpolitik möglich.

Dingeldey in Köln.

11 K ö l n. Die Deutsche Volkspartei hielt am Sonnabendabend im Gürzenich eine Wahlkundgebung ab. Der Parteiführer Dingeldey wies u. a. darauf hin, daß der Kampf um Deutschland auf die Dauer nur mit Erfolg durchgeführt werden könne, wenn es gelänge, den härtesten Staat im Reich, Preußen, wieder auf seine Grundeigenschaften zu-

rückzuführen. Es sei nicht nur ein Kampf der Parteien, sondern ein Kampf um die Grundanschauungen staatlichen Arbeitens und Denkens und die Seele der Jugend, die in dem preussischen Staat der Gegenwart auf schwerste bedroht seien. Der Redner kam dann u. a. auf die Vorgänge bei der Reichspräsidentenwahl zu sprechen, wobei er scharfe Kritik an der Haltung Hitlers und Hugenbergs übte. Die in der letzten Landtagsitzung beschlossene Minderungs der Geschäftsordnung sei die transtige und unheimliche Art gewesen, in der jemals Machtverhältnisse in einem Staate gestört seien. Im Zusammenhang mit dem Verbot der SA. betonte Dingeldey die Notwendigkeit des Vorgehens des Staates gegen sämtliche Verbände militärischer Art. Der Staat hätte zunächst den Versuch machen müssen, die Organisation der SA als solche durch enge Fühlungsnahme mit der obersten Führung in ein anderes Fahrwasser zu bringen, die Schädlinge zu beseitigen und andere an ihre Stelle zu setzen. Der Redner begrüßte in diesem Zusammenhang den Schritt Hindenburgs bei Groener und erwiderte auf einen Zwischenruf, daß es nicht zu spät wäre, wenn jetzt das Richtige getan würde.

Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte Dingeldey, wenn die Entwicklung der Not einen geschichtlichen Sinn haben sollte, dann müßten das deutsche Volk und seine Führer die Kraft finden, aus dem System der Parteien, aus dem Programm des Partei-parlamentarismus und der uferlosen Demokratie wieder das zu machen, was allein der deutschen Geschichte entspricht, das nämlich neben dem Willen der Masse, nicht diesem Willen unterworfen, sondern ihm gleichberechtigt, der Wille des Staatführers herrsche.

Wahl-Rede Hugenbergs in Verford.

11 V e r f o r d. In einer deutschnationalen Kundgebung erklärte Hugenberg, daß ein Eintreten seinerseits für Hitler im zweiten Wahlgang nicht möglich gewesen sei, um die beinahe 6 Millionen Wähler, die aus Angst vor Hitler Hindenburg gewählt hätten, aber dem schwarz-roten System schuld seien, nicht kassieren zu machen. Nur mit diesen Wählern sei im kommenden preussischen Landtag eine Mehrheit für die Rechtsopposition zu erreichen. Man sei sich wohl bewußt, daß eine rein nationalsozialistische Regierung schwere Sorgen verursachen würde. Trotzdem werde man gemeinsam mit den Nationalsozialisten gegen das schwarzrote System kämpfen. Da beim Nationalsozialismus die Gefahr bestünde, daß die sozialistische Seele über die nationale Oberhand gewinnen könne, sei eine feste deutsch-nationale Partei von Nöten.

Paris und London zu dem Brief Hindenburgs an Groener.

11 P a r i s. Das Schreiben des Reichspräsidenten von Hindenburg an Groener hat in diesem politischen Kreise größte Beachtung gefunden und wird von allen Blättern eingehend besprochen. Bemerkenswert dabei ist die Tatsache, daß die französischen Reichsblätter sich zu Verteidigern der deutschen Linken aufschwingen, während die Linkenblätter in der Mitte des Reichspräsidenten nichts als den Wunsch einer unbedingten Unparteilichkeit sehen. Das „Journal“ schreibt die Schlussfolgerung, die man aus der ganzen Angelegenheit ziehen müsse, sei die, daß Deutschland bis in die Zukunft erfüllt sei und daß man vielleicht am Vorabend sehr schwerer und weitgehender Ereignisse stehe. Der „Petit Parisien“ stellt fest, daß sich der Kampf zwischen dem Reichspräsidenten und den Sozialisten im Zeichen arduer Gerechtigkeit abspiele. Der „Excelsior“ dagegen ist der Auffassung, daß sich Reichspräsident von Hindenburg durch die Kritik der Rechten beeinflussen läßt. Man müsse aber annehmen, daß der Schritt Hindenburgs in erster Linie darin zu werten sei, die Ruhe in Deutschland wieder herzustellen. Das Organ der Radikalsozialisten, die „Ere Nouvelle“, schreibt, das Vorgehen des Reichspräsidenten müsse als das eines Mannes angesehen werden, dessen Sorge darin bestehe, die Gerechtigkeit in seinem Lande aufrechtzuerhalten.

11 L o n d o n. Der Brief Hindenburgs an General Groener wird von der englischen Presse mit großer Begeisterung aufgenommen. Hindenburg, so heißt es, sei es damit, daß er wirklich über den Parteien stehe und nicht eine einseitige Ungerechtigkeit zugunsten der Linksparteien zulassen wolle. „Observer“ schreibt, das Vorgehen Hindenburgs müsse als ein Zeichen ehrenvoller Unparteilichkeit begrüßt werden. Es sei zu hoffen, daß nunmehr die sinnlosen Verträge von einer Bürgerkriegsgefahr in Deutschland verschwinden würden. „Statistik“ schreibt, daß die letzte politische Entwicklung in Deutschland, die einen Sieg der Vernunft bedeute, dem Ausland zeige, daß Deutschland von sich aus alles tue, um den Weg zu friedlicher internationaler Zusammenarbeit zu

Der Brief des Reichspräsidenten und der Groener-Artikel.

11 B e r l i n. (Zuspruch.) Zu den Presse-Erörterungen, die an den Brief des Reichspräsidenten an Reichsminister Groener, sowie an den Artikel Groeners geknüpft worden sind, erfahren wir aus Kreisen des Reichsinnenministeriums: Der Artikel war bereits fertiggestellt, ehe der Minister von dem Brief des Reichspräsidenten Kenntnis bekommen hatte. Alle anderen Kombinationen in der Presse sind unzutreffend. Im übrigen erwidert der Artikel ja auch eine ganze Reihe von Fragen, die nicht unmittelbar mit dem Schreiben des Reichspräsidenten in Zusammenhang stehen, so daß die Behauptungen, er enthalte Präjudizierung der Stellungnahme des Ministers, völlig abwegig sind.

Wenn in der Presse mit Bezugnahme auf das Schreiben des Reichspräsidenten weiter behauptet wird, der

Bekanntlich hat ja vor kurzem auch Könnig die Heberleitenheit des ...

Gehardt (PSV-Chemnitz) mitteldeutscher Waldlaufmeister.

Am Sonntag wurde bei Dresden unter Beteiligung von über 30 Bewerbern die mitteldeutsche Waldlaufmeisterschaft ...

Grünnungsbrennen des VDR.

Der Bezirk Dresden des Bundes Deutscher Radsfahrer eröffnete am Sonntag seine diesjährige Straßenrennserie ...

Ein motorsportliches Ereignis für das Obererzgebirge.

Wie uns mitteilt wird, veranstaltet der Autoclub Obererzgebirge ...

Hervorragender Sport beim Vippia-Jubiläums-Schwimmfest.

Übungsziele der Wasserball-Nationalmannschaft. Das anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Leipziger Schwimmclubs ...

Kleine Sportnachrichten.

Der Ruah-Länderkampf

Deutschland-Frankreich in Frankfurt endete vor 4000 Zuschauern mit einem 20:4 (14:4)-Sieg der Franzosen.

Oeasch (Dresden) bei den englischen Meisterschaften.

Der talentierte Dresdner Tennisspieler Oeasch, der sich durch seine in der letzten Zeit erzielten Erfolge ...

Österrische Leichtathletikmeisterschaften verschoben.

Wie der Gau Oskawien mitteilt, sind die österreichischen Leichtathletik-Meisterschaften ...

Mottenschau in Swinemünde.

Swinemünde. Nachdem in der ersten Woche des April die ...

Zahlungseinstellung der Deutscher Kreditverein A.G., Berlin.

Berlin. (Frankfurt.) Die mit einem Kapital von 6 Millionen RM ...

Prozess um den Zusammenbruch der Bank für deutsche Beamte.

Berlin. (Frankfurt.) Vor der Großen Zivilkammer begann heute die ...

Schwere Schlägerei. - 1 Toter.

Frankfurt a. M. (Frankfurt.) In einer Schlägerei zwischen Kommunisten ...

Gefälschte Unterschriften unter einem Wahlvorschlag.

Frankfurt/Ober. Bei der Feststellung der Gültigkeit der ...

Geschäftliches.

Kranke Kopf hoch! Radium, das Leben. Ein Aufklärungs-vortrag ...

Marktberichte.

Landwirtschaftliche Warenbörse zu Gropshelm.

Table with market prices for various agricultural goods like wheat, rye, and flour.

Auf dem Gropshelmener Wochenmarkt ...

Abwartend aber ziemlich stetig.

Zu Beginn der neuen Woche kam das Geschäft am Produktenmarkt ...

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 18. April 1932 zu Dresden.

Table with columns for slaughter animal categories (Rinder, Schweine, etc.) and their respective market prices.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Table with columns for official prices of various commodities like wheat, rye, and other goods.

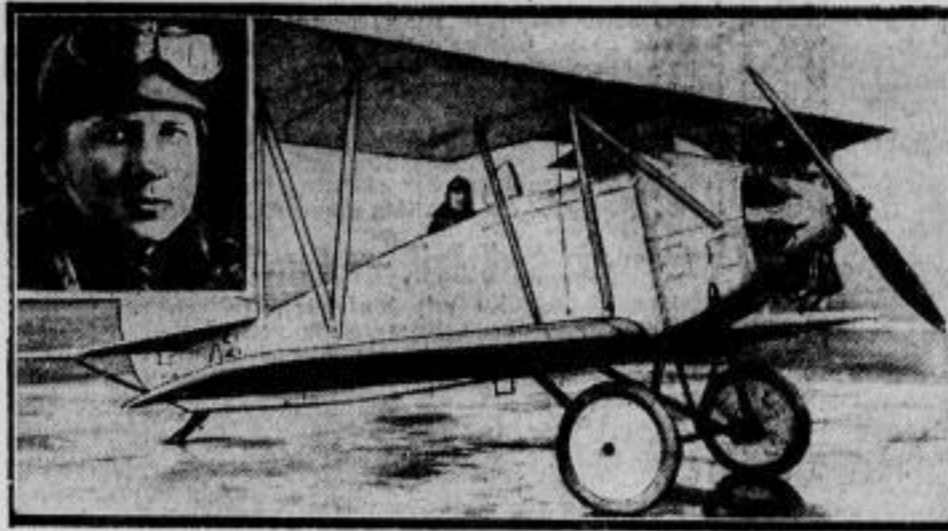
Table with columns for water prices in different regions like Wolgau, Eger, etc.



Dr. von Stempel 50 Jahre alt. Dr. Freiherr von Stempel, der Präsident des Deutschen und des Preussischen Landkreistages, kann in diesen Tagen seinen 50. Geburtstag feiern.

Bild daneben:

Die Schöpferin der sozialen Frauenarbeit, Alice Salomon, wird am 19. April 60 Jahre alt. Als Gründerin der ersten sozialen Frauenschule in Deutschland und der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit sowie als Vorsitzende im Bunde Deutscher Frauenvereine und Vorstandsmitglied des Internationalen Frauenbundes hat sie in vierzigjähriger Tätigkeit unermüdet für ihre Mitgeschwestern gewirkt.



Mit dem Hindenburg-Pokal ausgezeichnet wurde für die beste flugsportliche Leistung des vergangenen Jahres der Oldenburger Sportflieger August Laum. Er erhielt den Pokal, der mit einer Prämie von 10.000 Mark verbunden ist, für einen Ferienflug, der ihn von Wilhelmshaven über Budapest, Sofia, Konstantinopel, Konia, Aleppo, Damaskus nach Ägypten führte. Von Kairo stieg er über Wadi Halfa nach Alexandria, gab dort seine Maschine nach Triest auf und kehrte von dort über Udine, Verona, München, Mannheim, Frankfurt a. M. und Hannover nach Wilhelmshaven zurück.



Marianne mit dem Oelzweig. Die französische Post bringt demnächst einen neuen Briefmarkensatz heraus, der die Idee des Friedens verkunbildlichen soll: die französische Republik in Gestalt einer Frau hält der Welt einen Oelzweig entgegen. — Man macht bereits jetzt schon darüber Witze, daß die Friedensbringerin auf den Marken ihren Friedenszweig in der Linken Hand hält. Man schlägt daher vor, daß die französische Republik ihre Friedensbemühungen doch einmal mit der richtigen Hand versuchen soll.



Väter lernen Säuglingspflege. In London hat man Kurse für Kinderpflege eingerichtet, an denen auch — wie unser Bild zeigt — einige Vertreter des starken Geschlechts teilnehmen. Sie erhalten hier ausführliche Unterweisungen in der richtigen Behandlung und Ernährung von Säuglingen. Ob nun wohl die Londonerinnen oft allein ausgehen werden?



Mutige Streikunruhen im böhmischen Kohlenrevier. Seit Wochen wird im nordböhmischen Kohlenrevier mit voller Erbitterung der Generalsstreik der Bergarbeiter geführt, dessen gütliche Beilegung nun bevorsteht. In vielen Orten des Streikgebietes ist es während des Streikes zu schweren Zusammenstößen zwischen den

Streikenden und der durch Militär unterstützten Gendarmerie gekommen, wobei es mehrere Tote und zahlreiche Verletzte gab. Unter Stimmungsbild aus Woll zeigt Gendarmerie, die den Zugang zu den Kohlengruben vor den streikenden Bergarbeitern verweigert hält — zum Schutz der Streikbrecher, die Kohle verladen.

Wenn Menschen auseinander gehen
 Roman von J. Schneider-Foersti

16. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Vertiebt in den Piloten, Kind? Blondheit, die liegt dir wohl im Blute.“

Sie sah nachdenklich zu ihm auf. Als sie zu sprechen begann, lautete er weit vorgeneigt. Sie verbesserte sich, ließ Pausen einfallen und wiederholte das, von dem sie glaubte, daß es ihm nicht verständlich schien.

„Mary, du hast eine Phantasie, die einem Romancier Ehre machen würde. Aber es geht nicht.“ Mitleidig fuhrten seine Hände über ihr seiden knisterndes Haar und hielten dann ihre kalten Finger an die Brust gedrückt, damit sich deren Zittern verlieren sollte.

„Warum soll es nicht gehen, Onkel Calderon?“ Nun mußte sie sogar weinen, weinen um den Mann, für den sie gar nichts mehr fühlte und immer und ewig tot sein wollte.

„Kind, wenn es nach Afrika ginge, würde ich sagen: Tu's! Versuch es wenigstens! Vielleicht glückt es. Aber nach dem Pol? Das mußt du dir aus dem Kopf schlagen, Mary, weil es zwecklos ist.“

Sie lehnte das Gesicht gegen seine Knie und verank in schweres Sinnen. Als er ihren Kopf zu sich emporhob, lagen die schönen Frauenaugen ganz von grünlich-blauen Lichtern übergossen. „Würdest du mir helfen, Onkel, wenn ich durchaus wollte?“

„Nein.“

Sie sah wieder schweigend. Nach einer Weile sagte sie ernst: „Ohne dich geht es nicht. Ich brauche deine Hilfe zu notwendig.“ Und wieder sprach sie langsam und sehr dringlich auf ihn ein.

Er sog in tiefen Zügen den Atem in die Brust. „Schlafen wir darüber, Mary. Wenn du morgen noch der gleichen Ansicht bist, reden wir weiter.“

Sie brachte ihn bis an die Türe seines Zimmers, wo ihn der Kammerdiener in Empfang nahm. Er fühlte ein weiches Gewicht an seinen pergamentenen Wangen und nahm den Kuß, mit dem sie ihm gute Nacht sagte, in seine Träume hinüber.

Der Pilot lag in einem bequemen Sessel in dem großen Gartenlaal, das Gesicht mit Blässern vertiebt und den rechten

Arm in Gips geschient. Die zerschlagenen Lippen hellten langsam. Da ihn jedes Wort schmerzte, trugen der Lord und Rosmarie für die Unterhaltung Sorge.

„Mit der Polfahrt ist es natürlich Schluß.“ Calderon ließ die Augen nach den Fächern gehen, die die Palmen wie kokette Arme ausgestreckt hielten. „Aber wenn Sie einen Erlaß stellen müssen oder auch nur dürfen, hätte ich eine Bitte an Sie.“

Der Pilot wandte das vertiebt Gesicht nach ihm hin und fragte mit den Augen.

Lord Calderon suchte wiederum in dem Fächergezwirfel. „Mein Neffe hegt schon seit langem den Wunsch, an einer solchen Expedition teilnehmen zu können. Vielleicht würde eine Empfehlung Ihrerseits ihm die Wege hierzu ebnen.“

„Gerne.“ Nur die Zunge und der Kehlkopf Lordys hatten die Antwort gegeben. Die Lippen hatten sich dabei kaum bewegt.

„Es wäre sehr lieb von Ihnen.“ Calderon fühlte Rosmaries Hände wie Blei auf seinen Schultern liegen. „Vielleicht schreiben Sie diesem Herrn Szengerni — der Name ist für eine englische Zunge kaum auszusprechen — ein paar erklärende Zeilen. Mein Sekretär wird sie gerne niederschreiben, um Ihnen jede Anstrengung zu ersparen.“

Lordy nickte zustimmend.

„In finanzieller Hinsicht, auch betreffs der Ausrüstung, stellt sich mein Neffe selbstverständlich ganz auf seine eigene Börse.“ warf Calderon ein, fühlte Rosmaries Scheitel auf dem seinen und wandte den Kopf zurück.

Eine verräterische Träne schlich ihr über die Wangen.

Am Nachmittag ging ein Eilbrief an Szengerni ab, bes Inhaltes, daß Lordy bitte, einen Neffen des Lord Calderon an seiner Stelle an der Expedition teilnehmen zu lassen. Rosmarie trug brennende Flecke auf den Wangen. Es war das erstemal, daß sie Dr. Vens ärztliche Hilfe in Anspruch nahm. Er mußte ihr Brom zur Beruhigung geben.

„Die Lady hat Herzaffektionen“, sagte er zu Calderon und konnte ein Wächeln nicht unterdrücken. „Wenn ich schon der vertiebt Pilot so viel zu schaffen macht, was wird erst sein, wenn der junge Mann entpfästert und entgipst ist.“

Calderon erwiderte nichts, hob nur die Schultern, als ob sich nichts dagegen machen ließe, und wartete mit derselben Ungebild wie die junge Frau auf das Eintreffen der Antwort von Bela Szengerni.

Erst nach fünf Tagen lief ein Telegramm ein:

„Mit empfohlenem Erlaß einverstanden. Erwarte Mister Calderons Neffen in Göteborg Abfahrt achter Mai.“

Rosmarie benötigte noch einmal Brom. Calderon schüttelte besorgt den Kopf.

„Mary, wenn du jetzt schon solche Anfälle bekommst, was wird erst sein, wenn du in Göteborg landest? Dann wird ein vollkommen nervenschwaches Bündel von Weib sich dielem Szengerni an die Brust werfen und nicht mehr wissen, daß es ihn auf Herz und Nieren prüfen wollte.“

Sie versuchte sich mit aller Gewalt zu beherrschen, konnte stundenlang Abhandlungen über Forschungsreisen lesen, horchte Lordy aus, der ihren Mann auf seiner ersten Fahrt begleitet hatte, interessierte sich für alles und jedes, fragte, was man benötige, wie man sich am besten kleide, sich vor der Kälte schütze und tausenderlei anderes mehr.

Lordy war wie ein Lamm. Geduldig bis zur Erschöpfung, gab er Bescheid. Es war nur ein Glück, daß seine Lippen nicht mehr aufsprangen, wenn sie auch noch bitterlich brannten, so er gezwungen war, viel zu sprechen.

In einem der letzten Apriltage fuhr Rosmarie nach London, um Einkäufe zu machen. Zwei Tage später kam ein Telegramm:

„Komme erst Ende der Woche.“

Calderon langweilte sich zum Sterben. Lordy horchte bei jedem Kartengruß, den ihm der Lord meldete, ob sie noch immer nicht zurückkehrte. Der Doktor maulte über die Frauen mit ihren Maharadschalaunen.

In den Abendstunden des Samstag fuhr ein Kraftwagen an der Rampe von Port-Rush vor. Der Chauffeur rief den Schlag auf und hielt ihn zurück, bis der junge Mann über das Trittbrett gestiegen war. Der taubengraue Anzug verriet eine erste Londoner Werkstatt und unterstrich klüftig die Eleganz der Körperlinien. Den hellen Staubmantel über dem Arm und den Hut lässig in der Rechten tragend, schritt der Fremde auf die große Doppeltüre zu, die die Empfangshalle abschloß.

Seine Vordachst empfangen nicht.“

Der junge Mann entnahm seiner Brieftasche eine Visitenkarte, legte den Mantel über die Lehne eines brotatierten Stuhles und ließ sich selbst in den Armstuhl gleiten.

Die Augen des Dieners haften an dem Schamrock, der in der obersten Dose im Rock des Fremden steckte. Diese Kleinigkeit wirkte bestechend. Die gelbe, unscheinbare Blume, eine Abart ganz gewöhnlichen Arees, war die Nationalblume des Landes. Also mußte der junge Mann ein Ire sein.

Während er nach dem Wintergarten schritt, warf er einen Blick auf die Visitenkarte:

„Richard Calderon.“

„Ein Verwandter?“ Dann jedenfalls einer, der sich nie auf Port-Rush hatte sehen lassen. Wenn man dreißig Jahre in ein und demselben Hause diente, wurde einem zum Schluß jedes Gesicht der Sippe gefäufia. Aber das hier war noch nie auf Kilkarney gesehen worden.

